

VERTRAG

VBZ-Nr. 2872

zwischen der

Stadt Zürich (Verkehrsbetriebe Zürich)

Luggwegstrasse 65
CH-8048 Zürich

(nachfolgend „VBZ“ genannt)

und der

xx

Musterstrasse xx
CH-PLZ Musterort

(nachfolgend gemeinsam „Vertragspartner“ genannt)

zusammen nachfolgend „Parteien“ genannt

über die

Strategische Planung VBZ Zentralwerkstatt diverse Standorte
Anforderungskatalog VBZ

Inhalt

Präambel	1
1 Vertragsgegenstand.....	1
2 Vertragsbestandteile und deren Rangordnung	1
3 Projektleitung VBZ	1
4 Organisation Vertragspartner	2
5 Vertretungsbefugnis und Vollmacht des Vertragspartners.....	2
6 Bestellabwicklung	2
7 Vergütung und finanzielle Bedingungen	3
7.1 Preise	3
7.2 Vergütung nach effektivem Zeitaufwand mit Kostendach	3
7.3 Vergütung der Nebenkosten	4
7.4 Anpassung an die Teuerung	4
7.5 Rechnungsstellung.....	4
7.6 Zahlungsbedingungen.....	4
8 Erfüllungsort.....	5
9 Termine.....	5
10 Dokumentation.....	5
11 Leistungen der VBZ	6
12 Überprüfung der Leistungserbringung.....	6
13 Besondere Vorschriften / Pflichten des Vertragspartners	6
14 Haftung.....	6
15 Haftpflichtversicherung	7
16 Bestellungenänderungen	7
17 Vertragsdauer und Auflösung des Vertragsverhältnisses	7
18 Geheimhaltung.....	8
19 Daten.....	8
20 Immaterialgüterrechte	8
21 Einhaltung von Bestimmungen zu Arbeitsschutz, Arbeitsbedingungen, Umweltschutz und Gleichbehandlung von Mann und Frau	9
22 Schlussbestimmungen.....	9
22.1 Salvatorische Klausel.....	9
22.2 Schriftlichkeitsvorbehalt.....	9
22.3 Zustimmung für Abtretung, Verrechnung und Verpfändung	10

22.4	Anwendbares Recht und Gerichtsstand	10
22.5	Ausfertigung	11

Präambel

Im Rahmen des Ausschreibungsprogramms des Amt für Hochbauten für die Wahl eines Generalplaners für die Studie, VBZ Zentralwerkstatt diverse Standorte wird der Teilauftrag Stufe 1 "Anforderungskatalog VBZ" gemäss Planerwahlprogramm AHB 29.10.2021 für die Abklärung und Formulierung der Eigentümer-/ Nutzerbedürfnisse der VBZ und der Erarbeitung alternativer Lösungsvorschläge für die Zentralwerkstatt, Unternehmenslogistik und weiterer Unternehmensbereiche im Rahmen einer Strategischen Planung ausgeschrieben.

Ziel der Aufgabe ist die Analyse und Mitwirkung an der Erarbeitung der Eigentümer-/ und Nutzerbedürfnisse, "Anforderungskatalog VBZ", als Grundlage für die Stufe 2 "Strategische Planung" und Stufe 3 "Machbarkeitsstudien".

1 Vertragsgegenstand

Der Vertragspartner verpflichtet sich in Kenntnis von Ziel und Zweck dieses Vertrages zur Erbringung sämtlicher in dieser Vertragsurkunde und den Bestandteilen, insbesondere im Planerwahlprogramm AHB vom 29.10.2021 (Anhang 1), umschriebenen Leistungen.

Der Vertragspartner hat sich alle zur Erfüllung des Vertrages nötigen Kenntnisse zu beschaffen.

Bestehende Verträge werden durch diesen Vertrag nicht tangiert.

2 Vertragsbestandteile und deren Rangordnung

Der Vertrag setzt sich aus folgenden Bestandteilen in nachfolgender Rangordnung zusammen:

1. Vorliegende Vertragsurkunde inkl. folgender Anhänge als integrierende Bestandteile
 - Anhang 1: Planerwahlprogramm AHB 29.10.2021 (Ausschreibungsunterlagen)
 - Anhang 2: Formular Honorarberechnung AHB 29.10.2021
2. Ausschreibungsunterlagen
3. Allfällige Erläuterungen zum Angebot des Vertragspartners (Anhang 2)
4. Technische Regeln der Baukunde, insbesondere SIA Ordnungen 102/103/108 (2014) sowie weitere Normen des SIA und anderer Fachverbände, soweit diese für den Vertragsgegenstand von Bedeutung sind. Ausserdem sind die zur Erfüllung der Leistungen relevanten Normen und Regelwerke der Stadt Zürich einzuhalten (über die öffentliche Normenplattform der Stadt Zürich abrufbar oder zur Verfügung gestellt).

Allfällige Geschäftsbedingungen des Vertragspartners sowie allfällig beigezogener Dritter haben keine Gültigkeit. Die aufgeführten SIA-Ordnungen stehen unter sich in keiner Rangfolge.

3 Projektleitung VBZ

Die **Gesamtpjektleitung** bei den VBZ übernimmt:

Raul Castano, Projektleiter Baumanagement, VBZ Infrastruktur

Fachunterstützung durch Roman Gübeli, Leiter Zentralwerkstatt

4 Organisation Vertragspartner

Der Vertragspartner achtet darauf, nur gut ausgebildete Schlüsselpersonen für die Leistungserbringung einzusetzen. Es handelt sich um die Folgenden:

Projektleitung (Fachbereich Betriebsplanung) Vorname, Name, Mail, Tel.

Stellvertretung Projektleitung: Vorname, Name, Mail, Tel.

Projektleitung (Fachbereich Logistikplanung) Vorname, Name, Mail, Tel.

Stellvertretung Projektleitung: Vorname, Name, Mail, Tel.

Projektleitung (Fachbereich Verkehrsplanung, Bahntechnik) Vorname, Name, Mail, Tel.

Stellvertretung Projektleitung: Vorname, Name, Mail, Tel.

Projektleitung (Fachbereich Architektur) Vorname, Name, Mail, Tel.

Stellvertretung Projektleitung: Vorname, Name, Mail, Tel.

Die Schlüsselpersonen sind gemäss dem Formular "Selbstdекlaration Planerwahlprogramm AHB 29.10.2021" festzulegen.

Die Auswechslung der Schlüsselpersonen/Stellvertretungen oder der Beizug von Dritten ist zu unterlassen. In begründeten Fällen und mit vorgängiger Zustimmung der VBZ oder nach Aufforderung durch die VBZ ist ein Ersatz der Schlüsselpersonen oder deren Stellvertretungen zulässig. Die ersetzende Person muss dieselben Qualifikationen und ähnliche Erfahrungen wie die ausgewechselte Person aufweisen.

5 Vertretungsbefugnis und Vollmacht des Vertragspartners

Dem Vertragspartner werden keine Finanzkompetenzen eingeräumt. Rechtsgeschäftliche Erklärungen, welche finanzielle Konsequenzen haben (können), bedürfen der ausdrücklichen, eindeutigen und schriftlichen Genehmigung durch die VBZ. Vorbehalten bleiben dringende Fälle, in denen der Vertragspartner befugt und verpflichtet ist, die zur Abwehr von Schaden und Gefahr angemessenen Massnahmen zu ergreifen und die entsprechenden Aufträge zu erteilen. Er informiert die VBZ umgehend in schriftlicher Form über solche Massnahmen bzw. Aufträge.

Der Vertragspartner ist nicht ermächtigt, mit Behörden zu verhandeln oder Anträge an diese zu richten, Rechnungen Dritter anzuerkennen, Schadenersatzansprüche geltend zu machen oder Konventionalstrafen einzufordern. Der Vertragspartner darf jedoch zur Abklärung von Sachverhalten und Fragestellungen Kontakt mit Behörden aufnehmen.

Der Vertragspartner informiert die Beteiligten über die Beschränkung seiner Vertretungskompetenz resp. über die fehlende Finanzkompetenz.

6 Bestellabwicklung

Die Leistungen aus diesem Vertrag erfolgen gestützt auf eine SAP-Bestellung (Nummer 4500XXXXXX) durch die VBZ per E-Mail, Fax oder EDI (IDoc).

Der Vertragspartner sendet innert drei Arbeitstagen seit Eingang der Bestellung unaufgefordert eine Bestellbestätigung an die Einkaufsabteilung der VBZ. Die Bestellung gilt auch dann als bestätigt, wenn der Vertragspartner darauf nicht reagiert.

Auf jede Bestellung findet der vorliegende Vertrag Anwendung.

7 Vergütung und finanzielle Bedingungen

7.1 Preise

Es gelten die Preise gemäss Formular Honorarberechnung AHB 29.10.2021 (Anhang 2).

Der Preis umfasst die Erbringung sämtlicher Leistungen, welche sich aus den Ausschreibungsunterlagen ergeben, selbst wenn in den Ausschreibungsunterlagen nicht alle erforderlichen Leistungen genannt sein sollten (Vollständigkeitsklausel).

Der Preis umfasst die Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften und der anerkannten Regeln des Fachgebiets des Vertragspartners, welche bei Beendigung der Arbeiten bestehen, sowie der behördlichen Auflagen und Bedingungen. Sitzungen und die Erstellung von Statusberichten sind im Preis enthalten.

Nebenkosten werden mit 2% des Honorars vergütet (siehe Planerwahlprogramm). Darunter sind übliche Büro- und Nebenkosten, wie Kopien, Telefon, Fax, Porti, Computerinfrastruktur, Versicherungen, Reisespesen und Reisezeit, auswärtige Unterkunft und Verpflegung sowie Kosten, die aufgrund der vertraglich vereinbarten Leistungen anfallen, zu verstehen.

Der Vertragspartner trifft alle erforderlichen Massnahmen zur Einhaltung der Termine und trägt die dazu notwendigen Mehrkosten, soweit die VBZ kein Verschulden an den zusätzlich erforderlichen Massnahmen zur Termineinhaltung trifft.

Störungen des geplanten Ablaufs berechtigen den Vertragspartner nicht zu einer Erhöhung der Vergütung, selbst wenn zusätzliche Massnahmen zur Termineinhaltung notwendig sind. Verzögerungen bei einer Kreditbewilligung oder Projektgenehmigung durch den VBZ vorgesetzte Stellen ermächtigen den Vertragspartner ebenfalls nicht zu einer zusätzlichen Vergütung.

Entsteht während der Überprüfung der Leistungserbringung gemäss Ziffer 12 unten ein Arbeitsunterbruch, wird dieser nicht vergütet.

Die Preisangaben und Preisberechnungen verstehen sich exklusive Mehrwertsteuer, sofern in diesem Vertrag und seinen Bestandteilen nicht ausdrücklich etwas anderes vermerkt ist. Die Mehrwertsteuer ist in den Rechnungen separat auszuweisen.

Der Vertragspartner hat keinen Anspruch auf Vorauszahlungen oder die Sicherstellung des Honorars.

7.2 Vergütung nach effektivem Zeitaufwand mit Kostendach

Die Vergütung erfolgt nach Aufwand zu den Honorarsätzen gemäss Formular Honorarberechnung (Anhang 2).

Das Kostendach für den Teilauftrag 1 "Anforderungskatalog VBZ" beträgt CHF (exkl. 7.7 % MWST, inkl. Nebenkosten).

Der effektive Zeitaufwand ist in Arbeitsrapporten festzuhalten und den VBZ monatlich abzugeben. Diese sind durch die VBZ zu prüfen und gegebenenfalls innert zehn Arbeitstagen schriftlich zu beanstanden. Danach gelten sie als genehmigt.

Für die besonders zu vereinbarenden Leistungen gemäss SIA Phase 1 und 2 gilt jeweils das Kostendach gemäss Formular Honorarberechnung. Der Vertragspartner bleibt zur Leistung aller vertraglich übernommenen Leistungen auch bei Überschreitung des Kostendachs verpflichtet.

Eine Erhöhung des Kostendachs für den Auftrag (Teilauftrag Stufe 1, Anforderungskatalog VBZ) ist nur in begründeten Fällen möglich. Sie ist mittels eines schriftlichen Nachtrags zwischen den Parteien zu vereinbaren. Der Vertragspartner macht die VBZ bei Erreichen von 2/3 jedes Kostendachs gemäss dieser Ziffer auf eine mögliche Überschreitung aufmerksam und begründet diese. Kommt er dieser Pflicht nicht nach, geht die Überschreitung des Kostendachs zu seinen Lasten.

Bei allfälligen Zusatzleistungen kommen die jeweiligen Honorarsätze zur Anwendung (vgl. Anhang 2). Zusatzleistungen müssen den VBZ im Voraus schriftlich und begründet angekündigt werden und dürfen nur nach ausdrücklicher Zustimmung der VBZ ausgelöst werden.

7.3 Vergütung der Nebenkosten

Übliche Büro- und Nebenkosten gemäss Ziffer 7.1 vorstehend, sind in der vereinbarten Vergütung gemäss Ziffer 7.2 vorstehend mit 2 % des Honorars festgelegt und werden in der Honorarofferte ausgewiesen.

7.4 Anpassung an die Teuerung

Bei den angegebenen Stundenansätzen handelt es sich für die Dauer des Vertrages um Festpreise und bindend für sämtliche Leistungen ohne Anpassung an die Teuerung.

7.5 Rechnungsstellung

Nur eine SAP-Bestellung berechtigt den Vertragspartner zur Rechnungsstellung. Sämtliche Rechnungen des Vertragspartners sind mit Angabe der SAP-Bestellnummer (4500XXXXXX), Name des Bestellers und der MwSt.-Nummer auszustellen an:

Verkehrsbetriebe Zürich
Zentraler Rechnungseingang
Luggwegstrasse 65
Postfach
CH-8048 Zürich

Die Rechnung muss der Bestellstruktur (Einteilung nach Positionen) entsprechen und die VBZ-Materialnummern sind auf der Rechnung aufzuführen.

Solange keine korrekte Rechnung im vorgenannten Sinne vorliegt, erfolgt keine Zahlung und es tritt kein Zahlungsverzug ein.

7.6 Zahlungsbedingungen

Die Rechnungsstellung erfolgt nach Erbringung der Leistung.

Der Vertragspartner ist monatlich zur Rechnungsstellung berechtigt, basierend auf den durch die VBZ genehmigten Arbeitsrapporten. Der Vertragspartner stellt eine Sammelrechnung aller Beteiligten.

Die Rechnungen werden durch die VBZ innert 30 Tagen ab Erhalt bezahlt.

Ohne schriftliche Mahnung schulden die VBZ keine Verzugszinse. Der Vertragspartner ist im Falle des Zahlungsverzugs der VBZ oder bei Nicht-Leistung von Vergütungen nicht berechtigt, die Ausführung irgendwelcher Arbeiten zu verzögern, einzustellen oder vom Vertrag zurückzutreten. Bei Zahlungsverzug der VBZ beträgt der Verzugszins auf den fälligen Betrag maximal 3 % p.a. und für weiteren Verzugsschaden entfällt jede Haftung.

8 Erfüllungsort

Der Erfüllungsort ergibt sich aus der schriftlichen Bestellung und liegt grundsätzlich am Sitz der VBZ, Luggwegstrasse 65, 8048 Zürich.

Die Berichte und Pläne sind an folgende Personen abzugeben:

Projektteam bestehend aus PL VBZ Raul Castano und Leiter ZW Roman Gübeli

Die Verteilung innerhalb der VBZ und an das AHB wird durch das Projektteam koordiniert.

9 Termine

Die Termine sind in Abstimmung mit dem Gesamtprojekt "Strategische Planung ZW" zu bestimmen. Folgenden Terminschnitte sind vorgesehen:

- Start Stufe 1 Erstellung "Anforderungskatalog VBZ":...
- Zwischentermin 1: Info Projektausschuss, Zwischenstand: ...
- Zwischentermin 2: Konsolidierung "Anforderungskatalog VBZ": ... - Vollendung Stufe 1 Erstellung "Anforderungskatalog VBZ"
- Info und Genehmigung der Unterlagen VBZ Intern und Projektausschuss: ...Termin für die Zustellung der Unterlagen an VBZ / AHB:

Die Parteien vereinbaren vor bzw. während der Leistungserbringung verbindliche Termine und halten diese schriftlich fest. Bei diesen Terminen handelt es sich um Verfalltaggeschäfte. Bei Terminüberschreitung gerät der Vertragspartner ohne Mahnung in Verzug.

Das Terminprogramm kann sich aufgrund von Entscheiden übergeordneter Gremien verschieben. Der Eintritt eines solchen Falls wird dem Vertragspartner umgehend mitgeteilt. Verschiebungen der Termine gemäss dieser Ziffer werden schriftlich festgehalten und von beiden Parteien unterzeichnet.

Der Vertragspartner hat keinen Anspruch auf Mehrkosten, die aus der Verschiebung oder einem Arbeitsunterbruch entstehen, oder auf einen Zuschlag für die Wiedereinarbeitung und er hat die Arbeit nach der Verschiebung umgehend wieder aufzunehmen.

Die VBZ sind nicht verpflichtet, Teilleistungen anzunehmen. Teilleistungen genügen zur Einhaltung der Termine nicht.

10 Dokumentation

Der Vertragspartner ist zur Erarbeitung und Übergabe sämtlicher Dokumentationen, die im Programm Planerwahl Stufe 1 aufgeführt sind bzw. zur Erfüllung des "Anforderungskatalogs VBZ", erforderlich sind, verpflichtet. Er erteilt den VBZ mit der vertragsgemässen Bezahlung das unentgeltliche, unwiderrufliche, zeitlich unbegrenzte, übertragbare und für ihre Bedürfnisse umfassende Nutzungsrecht an den Arbeitsergebnissen (z.B. Pläne, Baudokumentation, Entwürfe, Modelle, Fotos).

11 Leistungen der VBZ

Die VBZ informieren den Vertragspartner über sämtliche für die Erbringung der Leistungen erforderlichen Begebenheiten.

12 Überprüfung der Leistungserbringung

Das Teilprojekt Stufe 1, Erstellung "Anforderungskatalog VBZ", wird jeweils mit der Freigabe der erarbeiteten und dokumentierten Inhalte der jeweiligen Workshops / Arbeitssitzungen überprüft. Die einzelnen Workshop-Resultate werden nach deren Abschluss zur Vernehmlassung durch die VBZ spätestens innert Monatsfrist freigegeben. Des Weiteren wird der "Anforderungskatalog VBZ" nach Abschluss und Vernehmlassung durch den Projektausschuss der Projektorganisation zur weiteren Planung Stufe 2 "Strategische Planung" gemäss Programm Planerwahl AHB freigegeben.

Unabhängig davon, ob noch Klärungsbedarf an der abgeschlossenen Stufe 1 oder den vorgesehenen Zwischenterminen zu ermitteln ist, ist der Vertragspartner verpflichtet, nach Mitteilung des Prüfungsergebnisses umgehend mit der Leistungserbringung im Rahmen der nächsten Schritte oder Stufe 2 "Strategische Planung ZW" nach Ermessen der VBZ und AHB zu starten.

Mit der Genehmigung von Ergebnissen und Dokumenten durch die VBZ wird die Übereinstimmung mit den von ihr vorgegebenen Zielen und Bedingungen bestätigt, nicht jedoch die fachliche Richtigkeit der Lösung.

13 Besondere Vorschriften / Pflichten des Vertragspartners

Der Vertragspartner hält bei seiner Kosteninformation folgende Genauigkeiten ein:

Kostengrobschätzungen, welche im Rahmen der notwendigen Informations- und Entscheidungsprozesse notwendig werden, sind mit +/- 25 % anzugeben.

Der Vertragspartner ist verpflichtet, Verhältnisse oder Weisungen, die eine gehörige oder rechtzeitige Abwicklung gefährden, den VBZ sofort schriftlich anzuzeigen. Von Dritten erhaltene, relevante Mitteilungen sind unverzüglich an die VBZ weiterzuleiten.

Auf Verlangen der VBZ legt der Vertragspartner jederzeit über seine Leistungen Rechenschaft ab und gibt alle Unterlagen, in der Form wie sie vorliegen (Papier und/oder digital), heraus.

14 Haftung

Der Vertragspartner hat den Schaden zu ersetzen, den er durch verschuldet fehlerhafte Vertragserfüllung den VBZ verursacht. Zudem haben die VBZ das Recht zur Honorarkürzung bei nicht vertragsgemäss erbrachten Leistungen. Dies gilt insbesondere bei Verletzung der Sorgfalts- und Treuepflichten, bei Nichtbeachtung oder Verletzung anerkannter Regeln des Fachgebiets des Vertragspartners, bei mangelnder Koordination oder Beaufsichtigung, bei Nichteinhaltung von vereinbarten Fristen oder Terminen sowie bei ungenügender Kosteninformation oder Honorarkontrolle. Bei Kosteninformationen dürfen die VBZ auf die Richtigkeit der Gesamtsumme vertrauen, nicht aber auf die Richtigkeit einzelner Teilbeträge.

Es gelten die gesetzlichen Haftungsbestimmungen mit folgenden Abweichungen:

Der Vertragspartner haftet für das Verhalten seiner Subplaner wie für sein eigenes. Die Haftungsbeschränkung aus Art. 399 Abs. 2 OR entfällt.

Der den VBZ wegen Mängeln entstehende (administrative) Aufwand ist zu einem Stundenansatz von CHF 160.- zu vergüten und es sind alle Auslagen zu ersetzen.

15 Haftpflichtversicherung

Die Verpflichtung des Vertragspartners sich angemessen zu versichern, richtet sich nach den Vorgaben des AHB in den Ausschreibungsunterlagen. Demzufolge sind Personen- und Sachschäden mit einer Garantiesumme von CHF 10 Mio. und Bauten- und Vermögensschäden mit einer solchen in der Höhe von CHF 1 Mio. zu versichern.

Auf Verlangen hat der Vertragspartner den VBZ eine Kopie der Versicherungspolice zuzustellen.

16 Bestellungsänderungen

Die VBZ behalten sich vor, einzelne Arbeiten durch einen Dritten ausführen zu lassen. Der Verzicht auf einzelne Leistungen ist entschädigungslos möglich.

Der Vertragspartner verpflichtet sich, Änderungswünsche der VBZ auch nach Unterzeichnung des Vertrages umzusetzen. Erachtet der Vertragspartner die Änderung als nicht umsetzbar, hat er dies den VBZ unverzüglich schriftlich begründet mitzuteilen.

Akzeptiert der Vertragspartner die Änderung/en und beansprucht er dafür eine zusätzliche Vergütung, hat er den VBZ unverzüglich vor Beginn der Leistungserbringung ein schriftliches Ergänzungsangebot zu unterbreiten. Ein Ergänzungsangebot ist immer erforderlich, wenn der Vertragspartner eine Leistung erbringt, für die er neben der vertraglich vereinbarten eine separate Vergütung fordert. Liegt kein Ergänzungsangebot vor, dürfen die VBZ davon ausgehen, dass von ihr allenfalls erteilte Weisungen lediglich eine Konkretisierung der vereinbarten Leistung ohne zusätzliche Vergütung darstellen.

Das Ergänzungsangebot ist auf der Basis der vereinbarten Stundenansätze gemäss Formular Honorarberechnung festzusetzen und der Vertragspartner hat die Kalkulation offenzulegen. Im Ergänzungsangebot hat der Vertragspartner darzustellen, welche Auswirkungen sich aus qualitativer und terminlicher Sicht durch die Ergänzung ergeben und wie sich die Ergänzung auf das Gesamtprojekt "Strategische Studie ZW" auswirkt.

Leistungen des Vertragspartners, welche ohne schriftliche Genehmigung der VBZ ausgeführt werden, sind nicht zu vergüten.

Der vom Vertragspartner gewährte Rabatt gilt auch für Bestellungsänderungen und Projekterweiterungen.

17 Vertragsdauer und Auflösung des Vertragsverhältnisses

Der Vertrag tritt mit der Unterzeichnung durch beide Parteien in Kraft und endet grundsätzlich mit Erfüllung.

Die Parteien oder eine Partei haben zudem das Recht, das Vertragsverhältnis aus wichtigen Gründen mit sofortiger Wirkung aufzulösen, ohne dass es sich dabei um eine Kündigung zur Unzeit handelt und ohne dass die andere Partei schadlos zu halten ist. Als wichtige Gründe gelten insbesondere,

- die mehrfache, schriftlich mitgeteilte Nicht-, Schlecht- oder mangelhafte Erfüllung (Androhung der vorzeitigen Auflösung nicht notwendig);

- die Auswechslung einer Schlüsselperson durch eine nicht gleichwertige Person;
- das fehlende Akzept des Vertragspartners zu Beststellungsänderungen;
- die Eröffnung des Konkurses oder Nachlassverfahrens, Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung, Nachlassstundung, fruchtlose Pfändung oder dergleichen;
- die Auflösung des Vertragspartners;
- die Nichteinhaltung des Verhaltenskodexes für VertragspartnerInnen der Stadt Zürich;
- der fehlende Kreditbeschluss.

Mit der vorzeitigen Auflösung des Vertragsverhältnisses endet die Auszahlung von Beträgen für bereits erbrachte Leistungen. Ein allfälliger Saldo zugunsten des Vertragspartners wird erst nach abgeschlossener finanzieller Auseinandersetzung zur Zahlung fällig.

Wird das Vertragsverhältnis aufgelöst, ist der Vertragspartner verpflichtet, den VBZ die bisherigen Arbeitsergebnisse zur Nutzung zu überlassen.

18 Geheimhaltung

Die Parteien behandeln alle Tatsachen und Informationen vertraulich, die weder offenkundig noch allgemein zugänglich sind. Die Geheimhaltung ist schon vor Beginn des Vertragsabschlusses zu wahren und dauert über die Beendigung des Vertragsverhältnisses hinaus, solange ein Geheimhaltungsinteresse besteht. Vorbehalten bleiben gesetzliche Aufklärungspflichten. Die Parteien sorgen für die Einhaltung dieser Verpflichtung durch ihre Mitarbeiter und die von ihnen zugezogenen Dritten.

Will der Vertragspartner mit dem Vertragsverhältnis werben oder die Arbeitsergebnisse oder Fotos von Plänen und Bauten publizieren, bedarf es der vorgängig erteilten schriftlichen Zustimmung der VBZ.

19 Daten

Die Datenhoheit resp. das Dateneigentum über die erarbeiteten Resultate bei der Erstellung des "Anforderungskatalogs VBZ" haben die VBZ.

20 Immaterialgüterrechte

Der Vertragspartner garantiert, dass er im Zeitpunkt der Abgabe seiner Arbeitsergebnisse über sämtliche Immaterialgüterrechte verfügt und seine Leistungen keine Rechte von Dritten verletzen. Ansprüche Dritter wegen Verletzung von Schutzrechten wehrt der Vertragspartner auf eigene Kosten und Gefahr ab. Die VBZ geben solche Forderungen dem Vertragspartner schriftlich innert nützlicher Frist bekannt und überlassen dem Vertragspartner die ausschliessliche Führung eines allfälligen Prozesses und die Massnahmen für die gerichtliche oder aussergerichtliche Erledigung des Rechtsstreits. Werden die VBZ zur Leistung von Schadenersatz und/oder zur Tragung von Kosten verpflichtet, hat der Vertragspartner die VBZ vollumfänglich schadlos zu halten.

Der Vertragspartner verzichtet gegenüber den VBZ darauf, das Recht auf Integrität des Werkes geltend zu machen, soweit dies in den Schranken von Art. 11 Abs. 2 URG zulässig ist.

Die Nutzungs- und Eigentumsrechte an Unterlagen und elektronischen Daten, welche die VBZ dem Vertragspartner übergeben, verbleiben bei den VBZ. Nach Beendigung der Vertragsbeziehung sind physisch erhaltene Unterlagen unaufgefordert zurückzugeben und elektronische Daten zu löschen.

Den VBZ steht das Recht zu, die Arbeitsergebnisse des Vertragspartners zu verwenden, weiterzubearbeiten und abzuändern sowie zu vervielfältigen oder allfälligen Totalunternehmer und / oder Drittinvestoren zur weiteren Verwendung, Weiterbearbeitung und Abänderung zu übergeben.

Umfasst der Auftrag lediglich die Planung / Projektierung, so sind die VBZ berechtigt, die Arbeitsergebnisse selber oder unter Beizug Dritter weiterzubearbeiten, abzuändern und zu verwenden. Eine zusätzliche Entschädigung ist nicht geschuldet. Die gleichen Rechte stehen den VBZ zu, wenn der vorliegende Vertrag vorzeitig aufgelöst wird.

21 Einhaltung von Bestimmungen zu Arbeitsschutz, Arbeitsbedingungen, Umweltschutz und Gleichbehandlung von Mann und Frau

Sämtliche gesetzliche Bestimmungen am Ort der Herstellung von Vertragsgegenständen oder am Ort der Werkerstellung sind einzuhalten. Dies gilt insbesondere für Bestimmungen betreffend Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen, Gleichbehandlung von Mann und Frau sowie Umweltschutz. Wird die Leistung im Ausland erbracht, so hat der Vertragspartner sicherzustellen, dass mindestens die Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (IAO) eingehalten werden. Der Vertragspartner verpflichtet sich, diese Anforderungen auch seinen Subunternehmern und Zulieferanten mit der Pflicht zur Weiterüberbindung, zu übertragen.

Auf Verlangen hat der Vertragspartner die Einhaltung dieser Bestimmungen durch ihn und seine Subunternehmer und Zulieferanten gegenüber den VBZ bzw. einer bevollmächtigten externen Stelle nachzuweisen. Die VBZ bzw. die bevollmächtigte externe Stelle können jederzeit sowohl beim Vertragspartner, bei den Subunternehmern und bei den Zulieferanten die Einhaltung dieser Bestimmungen überprüfen.

Bei Nichteinhaltung dieser Bestimmungen durch den Vertragspartner, seine Subunternehmer und Zulieferanten können die VBZ den Vertragspartner aus allen laufenden und zukünftigen Vergabeverfahren für die Dauer von fünf Jahren ausschliessen. Weitere rechtliche Schritte gegen den fehlbaren Vertragspartner bleiben vorbehalten.

Der Vertragspartner verpflichtet sich, mit Unterzeichnung dieses Vertrages, den Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen der Stadt Zürich einzuhalten und seine Subunternehmer ebenfalls dazu anzuhalten.

22 Schlussbestimmungen

22.1 Salvatorische Klausel

Die Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit einer oder mehrerer Bestimmungen dieses Vertrags hebt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht auf. Die Parteien bemühen sich in einem solchen Fall, die ungültige oder anfechtbare Bestimmung durch eine andere gültige und durchsetzbare Regelung zu ersetzen, welche der aufgehobenen Bestimmung in ihrem rechtlichen und wirtschaftlichen Gehalt möglichst nahekommt. Diese Regelung gilt entsprechend für das Ausfüllen von Vertragslücken.

22.2 Schriftlichkeitsvorbehalt

Der vorliegende Vertrag ist nur gültig, wenn er in schriftlicher Form abgeschlossen wird.

Änderungen oder Ergänzungen des vorliegenden Vertrages bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform und Unterzeichnung durch beide Parteien. Der Schriftform gleichgestellt sind mündliche Vereinbarungen, die protokolliert worden sind, sofern das Protokoll durch beide Parteien genehmigt worden ist.

22.3 Zustimmung für Abtretung, Verrechnung und Verpfändung

Der Vertragspartner darf Forderungen gegenüber den VBZ ohne schriftliche Zustimmung der VBZ weder abtreten noch verrechnen. Ebenfalls einer schriftlichen Zustimmung bedarf die Verpfändung von Forderungen aus dem Vertragsverhältnis durch den Vertragspartner.

22.4 Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Auf den vorliegenden Vertrag ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar. Das Kollisionsrecht sowie das UN-Kaufrecht sind ausgeschlossen.

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Zürich.

22.5 Ausfertigung

Dieser Vertrag ist doppelt ausgefertigt. Jede Partei erhält ein unterzeichnetes Original.

Stadt Zürich

Verkehrsbetriebe Zürich

Ort und Datum Zürich, _____

Dr. Marco Lüthi
Direktor

Ort und Datum Zürich, _____

Raul Castano
Projektleiter Baumanagement

Vertragspartner

.....

Ort und Datum _____

Vorname, Name
Funktion

Ort und Datum _____

Vorname, Name
Funktion